

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/26

Hannover, 27. Februar 1948

Entscheidungsgreiche Zeit

—st. Dieses Jahr wird die Entscheidung bringen, ob die Deutschen weiter hungern müssen und es kann auch, aller Voraussicht nach, eine Entscheidung darüber fallen, ob die heutige Generation einem dritten Weltkrieg entgegenseht. Die beiden Machtgruppierungen Kapitalismus und Kommunismus können sich nicht bis in alle Ewigkeit mit geladenen Kanonen gegenüberstehen. Dies hat man im Westen mehr als im Osten erkannt, darüber hinaus hat man es begriffen, daß unablässige Wiederholungen nicht beachteter Argumente niemals die Atmosphäre reinigen und den Frieden konstituieren. Die jetzigen Bestrebungen, Fortschritte zu erzielen, ohne wieder in wechselseitige Deklamationen zu verfallen, können noch in diesem Jahre Entscheidungen zeitigen, die für unser aller Leben von höchster Bedeutung sein werden.

Obwohl man die Tatenlosigkeit nutzloser Propagandereden endgültig überwunden hat, bedeutet dies nicht eine "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Wenn auch der Ton in der internationalen Politik seit Potsdam von Wort zu Wort reicher wurde, darf man doch auf einige Tatsachen hinweisen, die den Ausbruch eines Krieges recht unwahrscheinlich machen.

Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, es gebe nur die beiden Machtgruppen Sowjetrußland und Amerika. Da sich die Kontrahenten so intensiv um Europa bemühen, handelt es sich hier wohl doch um ein Gefüge, das geeint einen gleichwertigen Machtfaktor ergeben kann. Und wenn die Bemühungen um eine westeuropäische Union in diesem Jahre von Erfolg gekrönt sind, so ist der erste Schritt getan. Obwohl dies dann ein kapitalistischer Vater gezeugt hätte, braucht der Sohn nicht die Ansichten seines Erziehungsberechtigten zu haben. In lebhaften Familien ist dies selten der Fall. Es steht aber fest, daß der Kommunismus dort nur einen geringen Einfluß ausüben wird.

Bei der Betrachtung der Voraussetzungen eines möglichen Krieges geht die Allgemeinheit heute davon aus, daß sowohl die Sowjets als auch die Vereinigten Staaten einer blutigen Auseinandersetzung abgeneigt sind. Gefühlsmäßig beurteilt, traut man der Demokratie Amerika das unwillige Vor-Zeunbrechen eines Streites nicht zu, während man andererseits die Überzeugung hat, die Bolschewisten seien klug genug, ihre materielle Kriegsbereitschaft richtig einschätzen zu können - bewaffnete Sicherheit und Defensivrüstungen sind die geläufigen Stichworte dafür.

Obwohl man also beiden die Lust zum Kriege abspricht, ist zweifellos die politische Atmosphäre aufs höchste geladen. Griechenland, Korea, China, Deutschland, der Mittlere Osten - sie alle enthalten Zündstoffe genug. Und doch waren 1914 und 1939 die Situationen andere. 1914 hatte noch kein Staatsmann die Erfahrung eines Weltkrieges hinter sich, und weder Stalin noch Truman sind heute durch innere Entwicklungen so getetzt wie Hitler es 1939 war. Die russischen Führer poltern zwar gewaltig hinter dem Vorhang - um das eigene Volk und die Satelliten vom Westen getrennt zu halten, die Umstände zwingen sie aber nicht zu unüberlegtem Handeln. Darum gilt es 1948, dieses Stadium der hochnerösen Empfindsamkeit mit fester Willen und Takt zu überwinden, um in den darauffolgenden Jahren die Kraft Europas - diesmal nicht der Unruhe, sondern dem Ausgleich - wirksam werden zu lassen.

Stalin blufft nicht und Amerika steht vor einer neuen Präsidentenwahl - dies sind Realitäten, die heute viel zu wenig beachtet werden. Die Welt ist nach dem Kriege in das Stadium der Enttäuschung, dann der Erstarrung und schließlich in eine überhitzte Reizbarkeit gegliedert. Sie schickt sich jetzt an, diese Stationen der Auflösung zu überwinden. Im Jahre 1948 werden vor allem die Staatsmänner des Westens beweisen müssen, daß sie Geschick und Mut besitzen, den einzig gemeinsamen Wunsch der Menschheit zu erfüllen - den Frieden für eine absehbare Zeit zu sichern.

Geschichte in aufgelockerter Form

Über den Werdegang der NSDAP als eine ihrer wichtigsten Triebkräfte berichtet Alfred Dormann von der Geschichte zwischen den Jahren 1918 und 1945 ("Die Bevölkerung hatte Verluste", Hoffmann & Campe Verlag, Hamburg). Auf 430 Seiten bleibt der Verfasser beim Präsen. Dieses Verfahren ist auch beim spannendsten Stoff nicht leicht durchzuhalten - immerhin wird die Wirkung einer sozusagen nachgeholt Aktualität im Wesentlichen erreicht. Die Darstellung ist lebendig, sie beleuchtet treffend politische und militärische Entwicklungen ebenso wie die Alltagssituation des deutschen Menschen in diesen entscheidungs- und verhängnisvollen Jahren.

Das Buch macht den Gegenstand sehr anschaulich, indem es, in reizvoller Antithese, den Ablauf der damaligen äusseren Geschehnisse mit den später bekanntgewordenen Tatsachen und Zusammenhängen gegenüberstellt. Es wird also gesagt, was wir erlebten und gleichzeitig gesagt, was wir damals nicht wussten und erst später erfahren. Im Grunde ist das Buch ein grosser Tatsachenbericht mit allen Vorzügen und Fragwürdigkeiten dieser Darstellungsform. Es ist frei von wissenschaftlich-historischem Gewicht, es setzt nichts voraus, bringt eine Fülle von Tatsachen in Erinnerung und wird vor allem diejenigen fesseln, die Geschichtsschreibung in aufgelockerter Form bevorzugen.

Bedenklich erscheint, dass die Darstellung der Person Adolf Hitlers bisweilen allzu stark und im Tone kaum unterdrückter Anerkennung die Willensleistung dieses unheimlichen Demagogen unterstreicht, obwohl dieser Wille, wie der Verfasser selbst einmal sagt, nicht Ausdruck eines gesunden Willens, sondern einer krankhaften Besessenheit war. -u

Die Schweizer Referendums-Demokratie

Von Hans Vogel, Bern

Die Tätigkeit der politischen Parteien in einer so ausgeprägten Referendums-Demokratie, wie die Schweiz ist, lässt sich nicht einfach mit der politischen Arbeit in anderen Ländern vergleichen. In den Städten und auf dem Lande, in den Gemeinden, Kantonen und auf dem Boden der Eidgenossenschaft finden fortgesetzt Urnengänge statt, welche die politische Aktivität der Parteien und ihrer Mitglieder weitgehend bestimmen. Da es heute keine Probleme gibt, die nicht die Arbeiterschaft in Mitleidenschaft ziehen, ergibt sich von selbst eine stete Bereitschaft und Wachsamkeit der Sozialdemokratischen Partei. Es mag im Ausland befremdend anmuten, dass z.B. das Budget einer Gemeinde den stimmberechtigten Bürgern zum Entscheid vorgelegt wird; dass etwa eine Verordnung, die in Bern den gemeinsamen Ladenschluss regelt, von der städtischen Bürgerschaft in einer Volksabstimmung angenommen werden muss, soll sie Rechtskraft erhalten; dass das Schweizervolk im kommenden Frühjahr über den Bau einer Zuckerfabrik abzustimmen hat; dass selbst in grössten Kantonen, so im Kanton Bern, jeder Kredit, jeder öffentliche Hausbau, jeder Spitalbau, jeder Strassenbau, der die Summe von einer Million Franken überschreitet, den abstimmungsberechtigten Bürgern zum Entscheid unterbreitet werden muss. Von der Wahl der Gemeinde-, der Kantons- und der Eidgenössischen Räte gar nicht zu reden: sie unterliegen meist alle vier Jahre, oft aber schon alle zwei oder drei Jahre, der Erneuerungswahl. Das politische Leben ist weitgehend durch die praktische Tagespolitik beeinflusst, so dass der Fremde, der in die Schweiz kommt, zu seinem Erstaunen feststellen muss, ein Teil des Schweizervolkes sei eigentlich ständig unterwegs, auf dem Gang zur Wahlurne.

Das alles mag erklären, dass die politische Aktivität in den sozialdemokratischen Mitgliedschaften - so nennen sich die schweizerischen Parteisektionen - vornehmlich den Fragen der praktischen Politik gewidmet ist. Es ist dies n.A. nach einer der Gründe, warum weder Nazismus, noch Faschismus, noch Kommunismus ernsthaft Terrain gewinnen konnten im Schweizer Volk, und schon gar nicht bei der politisch interessierten Arbeiterschaft. Denn so mühevoll die skizzierten Referendumsdemokratie dem fremden Betrachter erscheinen mag, diese stark entwickelte Demokratie wird vom Volke getragen, gibt dem Volk das letzte Wort und bietet täglich einen staatsbürgerlichen politischen Unterricht, dem sich auch die heranwachsende Jugend nicht entziehen kann. Sie zwingt zur Anteilnahme; wer sich davon ausschliesst, hat von vorneherein verloren. Sie zwingt jeden Bürger eine Verantwortung auf; diese Verantwortung liegt im Ja und im Nein, aber auch in der Gleichgültigkeit, in der politischen Abstinenz. Ist der Entscheid einmal gefallen, so bringt er in der Regel eine Entspannung der politischen Atmosphäre. Was die Unterlegenen jedoch keineswegs hindert, zu gegebener Zeit "reisiger wiederzukommen". So hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz z.B. innerhalb dreissig Jahren viermal ansetzen müssen, bis das Volk reif war für eine Alters- und Hinterlassenenversicherung, die im Juli 1947 dann allerdings eine triumphale Innahme fand. - Das ist der schönste Sinn der Referendumsdemokratie: Die Idee propagieren, das Volk aufklären, die Idee verwirklichen.

Die stete Inanspruchnahme für die Dinge der praktischen Politik verhindert keineswegs den Hinblick auf das internationale Geschehen und schon gar nicht die grundsätzliche sozialistische Schulung. In der Regel werden selbst die lokalen Probleme vom sozialdemokratischen Parteiprogramm aus betrachtet, theoretische Auseinandersetzungen sind nicht selten und die schweizerische Parteipresse orientiert nach besten Möglichkeiten über die Vorgänge in der Arbeiter-Internationale. Der ausserordentliche Parteitag im April aber wird die internationalen Beziehungen der Schweiz unter sozialdemokratischen Gesichtspunkten abklären.

Bodenreform als Besitz-Schutzgesetz.

Die Bodenreform in Deutschland soll nicht nur die Stellung der Millionen Entwurzelten aus dem Boden schaffen, sie soll auch eine allgemeine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bringen. Ohne eine ernsthafte Lösung dieses Problems wird eine Überbelastung aller Besitzteile und eine ständige Bedrohung des sozialen und wirtschaftlichen Friedens niemals beseitigt werden. Die offenen und versteckten Gegner der Bodenreform verschweigen die Tatsache, dass eine Umpflanzung des Grossbesitzes in Kleinsiedlungen eine Steigerung des Flächenertrages bringt und die tierische Eiweissleistung erhöht. Wenn in der britischen Zone die Versorgung mit tierischem Eiweiss von 35 gr je Kopf und Tag aus eigener Produktion sichergestellt werden soll, so ist dafür eine Hektar-Leistung von mindestens 1 kg erforderlich. Unter normalen Umständen erreicht nur der Familieneinsatz von 5 bis 20 ha diesen Wert, der Grossbesitz bleibt mit nur 33 kg weit zurück. Zurück. Auf die Umpflanzung gesehen ist jeder Kleinbetrieb in der Eiweissleistung allen anderen Produktionsmethoden überlegen. In nordwestdeutschen Raum betrug z.B. die Marktleistung je ha 1934/36 in Getreidewert ausgedrückt bei Betrieben von 5 bis 20 ha 19,1 dz, bei 6 ha Betrieben über 100 ha 17,69 dz, bei mittelbetrieben von 20 bis 50 ha 16,94 und von 50 bis 100 ha 16,48 dz. Eine sachgemässe Umpflanzung von Grossbetrieben in Kleinsiedlungen wird keineswegs eine Marktschöpfung, sondern eine Produktionssteigerung derjenigen Nahrungsmittel hervorrufen, die Deutschland aus Devisengründen in der Zukunft mehr als je zuvor selbst produzieren muss.

Ein Vergleich der vorerwähnten in der Bizonen bisher vorbereiteten Bodenreformgesetze zeigt eindeutig, dass dort, wo bürgerlich-reaktionäre Parteien die Oberhand haben, die Gesetzentwürfe nicht nur eine regelrechte Diebstahlsfährlichkeit, sondern sogar das Bestreben verraten, die von den Militärregierungen befohlene Bodenreform zu einem "Grundbesitzerschutzgesetz" herabzusetzen. Während die Militärverordnungen 150 ha als unterste Beteiligungsgränze vorsehen, ist Schleswig-Holstein in seinem Gesetz allen Besitz über 100 ha herangezogen. Hessen und Württemberg sind in ihrer besonderen Landabgabe bis auf 20.000 Mark Einheitswert herabgegangen. Selbst im Austauschwege kann für Ostpreußen und Klein-siedlungen Landbesitz enteignet werden, das noch unter dieser Einheitswertgränze liegt. In Rheinland-Westfalen und in Niedersachsen ist man bei der 100 ha Gränze verblieben. Darüber hinaus soll bis auf

100 ha eine gestaffelte Landabgabe erfolgen, die besonders in dem Entwurf von Niedersachsen durch zahlreiche "Ausnahmeklauseln" zu einer Papierbestimmung wird. Die Beratungen, die in Niedersachsen noch nicht abgeschlossen sind, haben durch die Unrücksichtigkeit der Bürgerblockparteien die Gefahr einer Regierungskrise heraufbeschworen.

Eine weitere Bremse ist die Begrenzung der Landabgabe nach dem Einheitswert. Das führt dahin, dass z.B. in Niedersachsen erst von 180 ha aufwärts ganze 2 ha (!) zur Enteignung anfallen, wenn man den mittleren Einheitsbodenwert von 800 Mark pro ha zugrundelegt. In Westfalen sind es 26 ha, in Hessen 50 ha und in Schleswig-Holstein, dessen Gesetz durch sozialdemokratische Initiative zustandekam, sogar 80 ha, die zur Enteignung anfallen. Bei einem Landbesitz von 400 ha werden in Niedersachsen 167, Westfalen 195, Hessen 194, Schleswig-Holstein aber 300 ha enteignet. Diese krassen Unterschiede zeigen am deutlichsten, was aus einem Gesetz gemacht werden kann, wenn Besitzbürgerblock-Mehrheiten siedlungsfeindlich sind und auch diejenigen ihrer Abgeordneten, die eine solche reaktionäre Politik nicht billigen, durch Fraktionszwang an der Handare halten.

Die bürgerlichen Parteien, die sich nur notgedrungen dazu verstehen, Gesetze schaffen zu helfen, die den Anordnungen der Militärregierungen zur Entmachtung des Grossgrundbesitzes dienen, leben in dem Wahn, dass es ohne wesentliche Strukturänderung in der Landwirtschaft möglich sein werde, über zukünftige Krisen hinwegzukommen. Diese Ansicht geht von völlig falschen Voraussetzungen aus.

Der Grossbetrieb ist Getreideproduzent. In wenigen Jahren wird die Weltproduktion an Getreide den Bedarf decken und der Weltmarktpreis weit unter die innerdeutschen Gestehungskosten senken. Das bedeutet das Ende des Grossbetriebes, ein Ende, das schon zu Zeiten des Kaiserreiches eingetreten wäre, wenn man nicht den Junkern hohe Schutzzölle bewilligt hätte. Viele Jahrzehnte kämpfte die Sozialdemokratie vergeblich gegen die Schutzzollpolitik, die das Brot in Deutschland künstlich verteuerte und sich lärmend auf den gesamten Lebensstandard des Volkes legte. In anderen Ländern, wie in Holland und Dänemark, stellte sich die Landwirtschaft schon frühzeitig durch die scharfe Getreidekonkurrenz aus USA und Russland auf Vordelungswirtschaft, Obst- und Gemüsebau, Vieh- und Fettproduktion um. Zwangsläufig verschwanden aber auch die Grossbetriebe; sie wurden durch Kleinbetriebe abgelöst, denn für solche Produktionsgüter eignet sich nur der Kleinbetrieb. Da es in Deutschland niemals wieder Schutzzölle geben wird, schon weil wir uns grosszügige Geschenke an die Grossgrundbesitzer auf Kosten des Lebensstandards nicht leisten können, wenn wir mit unserem Export auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wollen, ist der Grossgrundbesitz in einigen Jahren unrentabel und zum Erliegen verurteilt. Unsere Exporterlöse werden für Jahrzehnte kaum ausreichen, den Getreidebedarf zu importieren. Eine neue Osthilfe winkt den Herren von Kalm und Ahr auch nicht, nicht einmal aus der Ferne. Die Umwandlung bankrotter Grossbetriebe in Kleinsiedlungen aber wird bedeutend schwieriger und schwerwiegender für die Allgemeinheit werden, als es jetzt eine vernünftige Besserdung des Grossgrundbesitzes mit sich bringen würde.

Die Kriegsgefangenenfrage in Frankreich

A.F. Die französische Presse glaubt zu wissen, dass alle deutschen Kriegsgefangenen bis Ende Juni in die Heimat zurückgeschickt sein werden, mit Ausnahme natürlich derjenigen, die sich bereit erklärt haben, in Frankreich als freie Arbeiter zu bleiben, d.h. rund 140.000.

Diese Meldung dürfte jedoch zu optimistisch sein, da die Presse von insgesamt 280.000 Gefangenen spricht, einschliesslich der freien Arbeiter. Nach den bisherigen Veröffentlichungen ist jedoch anzunehmen, dass die freien Arbeiter von der genannten Gesamtzahl bereits ausgenommen sind. In diesem - wahrscheinlichen - Falle würde die Heimsendung der Gefangenen bei den augenblicklichen Monatsraten von 25.000 bis 30.000 Mann, wie ursprünglich vorgesehen, bis Ende des Jahres dauern.

Sondergehälter für die Justiz

In der Ostzone sollen Gehälter für Staatsanwälte und Richter in Zukunft aus der tariflichen Regelung herausgenommen, wesentlich erhöht und zum grössten Teil steuerfrei gemacht werden.

Sand in die Augen

Nach aussen hin legt die SEP/KP unveränderten Wert auf die Feststellung, eine sozialistische Einheitspartei zu sein, in der die KP aufgegangen sei. Zwar wird diese These nirgends ernst genommen, aber das hindert die Parteiführung nicht, an ihr und damit an der Fortführung ihrer Politik der bewussten Irreführung auch in diesem Punkte festzuhalten. Sie beharrt ja auch auf dem konsequenten Gebrauch des Wortes "Volksdemokratie", das leider auch immer wieder von Politikern, Zeitungen und Rundfunksendern verwendet wird, die sich davor hüten sollten, solchen durchsichtigen agitatorischen Absichten Vor-schub zu leisten. "Scheindemokratie" ist der richtige Begriff, der mit gleicher Hartnäckigkeit an die Stelle jenes anderen Wortes treten sollte. Was aber den wahren Charakter der SEP anlangt, so wird er durch keine Tatsache heller beleuchtet als durch die, dass nach einem Bericht des "Neuen Deutschland" auf der 7. Tagung des Parteiverstandes der SEP am 11. und 12. Februar die fünf politischen grossen Referate ausschliesslich von alten bewährten Kommunisten gehalten werden: von Wilhelm Lieck, Franz Dahlen, Paul Wendel, Walter Ulbricht, Paul Merker. (Bl/2/ho)

Auf dem Landesbezirkstag der SPD Hessen-Süd am 28. Februar, an dem 295 Delegierte und ca. 300 Gastdelegierte teilnahmen, wurde der bisherige Vorsitzende Willi Knothe mit 260 von 287 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Das kürzlich erschienene Buch von Friedrich Stampfer "Die ersten zehn Jahre der Republik" soll bis spätestens Herbst d. Js. im Bollwerk-Verlag, Karl Drott, Offenbach, in einer Neuauflage von wahrscheinlich 20.000 Exemplaren herauskommen. (Bl/13/2/ho)

Verantwortlich: Peter Raunau